

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Kroatien ist das 28. Mitglied der Europäischen Union



Fotos: Nahgung

Zehn Jahre lang hatte Kroatien den Status eines Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft inne, am 1. Juli 2013 wurde nunmehr der EU-Beitritt Kroatiens auch in Straßburg feierlich begangen. Symbolisiert wurde der Einzug der neuen Europaabgeordneten aus Kroatien mit dem Hissen der kroatischen und der europäischen Fahne vor dem Bürotower in Straßburg. Die Europäische Union ist nun ein Staatenbund von 28 Ländern, die gemeinsam für ein friedvolles und erfolgreiches Europa arbeiten. Die Regierung Kroatiens hat sich verpflichtet, die von der EU verteidigten Werte, Demokratie, Gerechtigkeit und



Rechtsstaatlichkeit einzuhalten und zu verteidigen. In einem Referendum hatte sich die Mehrheit der Kroaten im Januar 2012 für einen Beitritt ihres Landes zur EU ausgesprochen. Europäische Politiker gratulierten, mahnten aber weitere Reformen des Balkanlandes an, um aus Kroatien ein aufsteigendes Land

zu machen. Die Parlamentarier sind zuversichtlich, dass der 28. Mitgliedstaat seine Aufgaben, wie in der Vergangenheit bereits geschehen, erfüllen wird. Und so hieß es am Montag in Straßburg: Herzlich willkommen, Kroatien! Dobro došla Hrvatska!

Besuchergruppen in Straßburg



Elisabeth-von-Thadden-Gymnasium Heidelberg



CDU Weinheim

Fotos: Nahgung

Keine jährliche TÜV-Untersuchung

In dieser Woche hat das Parlament in Straßburg gegen die Pläne der EU-Kommission gestimmt, wonach Pkws, die älter als sechs Jahre sind, jährlich technisch überprüft werden müssten. Stattdessen wurde beschlossen, dass ein Pkw spätestens vier Jahre nach der Erstzulassung und dann alle zwei Jahre einer Prüfstelle vorzuführen ist. Die Mitgliedstaaten dürfen diese Vorgaben überbieten.

Daher ändert sich in Deutschland nichts, wonach Pkws spätestens drei Jahre nach der Erstzulassung und dann alle zwei Jahre zur Hauptuntersuchung müssen.

Schwere Motorräder, die älter als sechs Jahre sind, müssen ab 2016 zur jährlichen technischen Überprüfung, leichte Motorräder ab dem Jahr 2018.

Dies gilt nun auch für Länder, in denen die technische Über-



Foto: Busse

prüfung bislang freiwillig war (beispielsweise die Niederlande, Dänemark und Belgien).

Das EU-Parlament hat nun dafür gesorgt, dass Pkw und Motorräder ähnlichen technischen Sicherheitsanforderungen entsprechen müssen.

Auf diese Weise wird ein wesentlicher Beitrag zu mehr Straßenverkehrssicherheit geleistet.

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Landwirtschaft soll ökologischer werden

Nach monatelangen Verhandlungen ist es den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament gelungen, zu einer Einigung über die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik zu kommen. „Die gemeinsame Agrarpolitik ist mit gut 42% der größte Posten im EU-Haushalt. Davon fließen 75% als Direktzahlungen an die Bauern, die anderen 25% sind Mittel für die ländliche Entwicklung“, erklärt der baden-württembergische EU-Parlamentarier Dr. Thomas Ulmer. Die Regeln, die beschlossen wurden, passen sich den gesellschaftlichen Veränderungen und der Forderung nach einer ressourcenschonender Landwirtschaft an.

„Das Hauptziel ist, dass die Landwirtschaft umweltverträglicher werden soll“, so Ulmer weiter. Eine 70-prozentige Basisprämie soll künftig gezahlt werden, zusätzlich kommt nun ein 30-prozentiger Öko-Zuschlag. Letzterer fließt nur dann, wenn ein Landwirtschaftsbetrieb einhalt. Dazu zählen die Vorgaben,

zunächst fünf Prozent des Landes für Hecken, Biotope, Brachen und Grünstreifen zu reservieren. Für kleine Betriebe und solche, die schon Umweltschutzmaßnahmen nachgewiesen haben, gelten hier Ausnahmen.

Ulmer: „Den vollen Zuschlag kann nur bekommen, wer ökologisch mit den Ressourcen umgeht. Dies ist ein Paradigmenwechsel in der europäischen Landwirtschaft. Allgemein handelt es sich hier um eine breit aufgestellte Reform. Eines unserer Ziele war, die Existenz von vielen bäuerlichen Familienbetrieben zu schützen. Aber auch an den umstrittenen Quoten haben wir gearbeitet. So sollen die Quoten für Milcherzeugnisse bis 2015 auslaufen. Die Zuckerquote soll 2017 ebenfalls auslaufen, beim Weinbau sollen ab 2016 neue Regeln gelten.“

Nach dem Verhandlungsmarathon müssen jetzt noch das Parlament und der Ministerrat den Kompromiss bestätigen.

Gewässerschutz erhält strengere Normen

In dieser Woche verabschiedeten die Abgeordneten eine neue Vorschrift zum Gewässerschutz. Hierdurch werden ein Dutzend neuer Stoffe, die eine Gefahr für die Gewässer darstellen könnten, auf die EU-Liste prioritärer Stoffe hinzugefügt. In dieser „Überwachungsliste“ werden auch zum ersten Mal drei Arzneimittel enthalten sein, die neu aufkommende Schadstoffe enthalten.

Bei den Arzneimitteln handelt es sich um die Hormonpräparate 17-alpha-Ethinylöstradiol und 17-beta-Östradiol sowie das Schmerzmittel Diclofenac. Die Auswirkungen dieser Substanzen werden überwacht und gegebenenfalls in die Liste prioritärer Stoffe aufgenommen, falls regelmäßige Bewertungen dies als notwendig erachten. Das Parlament

fordert die Kommission auf, eine Strategie zu entwickeln, um den Risiken von Pharmazeutika für die Gewässer besser begegnen zu können.

„Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sollten alle Zugang zu sauberem Wasser in jeglicher Form haben.“

„Dass Wasserpolitik ein langwieriges Politikfeld ist, zeigen die bisherigen Untersuchungen insbesondere der Oberflächengewässer hinsichtlich des ökologischen als auch des chemischen Zustands“, so Dr. Thomas Ulmer MdEP am Ende der Abstimmung, „hier müssen wir noch einige Arbeit leisten. Es muss erst noch viel Wasser den Bach herunterlaufen, bis wir dauerhafte und klare Ergebnisse haben.“

Jugendarbeitslosigkeit in Europa



Foto: © European Union 2012 - EP

In Europa sind aktuell 5,6 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Eine erschreckende Zahl für den Europaabgeordneten Dr. Thomas Ulmer. „Wenn die Jugend in Europa keine Perspektive für eine gute Zukunft hat, so muss allen klar sein, dass es eine große Depression unter den Jugendlichen geben und unsere gesamte Sozialwirtschaft zusammenbrechen wird. Wir müssen den Jugendlichen eine Zukunft geben, in der sie sich wohl fühlen, gerne arbeiten und über ein geregeltes Einkommen verfügen.“

Hierfür wurden auf dem EU-Gipfel in Brüssel von den EU-Staats- und Regierungschefs die Weichen gestellt. Sechs Milliarden Euro stehen im EU-Haushalt für die Jahre 2014 - 2020 zur Förderung von Jugendlichen zur Verfügung. Bereits in den kommenden zwei Jahren kann der Gesamtbetrag ausgegeben werden. Die Mittel hierfür werden aus dem laufenden Haushalt über nicht abgeschöpfte Fördergelder finanziert.

Des Weiteren werden an kleine und mittlere Unternehmen günstige Kredite zur Arbeitsschaffung für Jugendliche von der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereitgestellt. So könnte die EIB insgesamt 60 Milliarden Euro an Kredite für die kommenden drei Jahre vergeben.

Auch die Mobilität der Jugendlichen in der EU muss angekurbelt werden. Während in Deutschland viele Fachkräfte gesucht werden, stehen in Südeuropa die Universitätsabsolventen auf der Straße.

Auch wenn Deutschland mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 7,6 % noch am besten dasteht, so kann man die Augen nicht vor den Zahlen in Griechenland (59,2 %), Spanien (56,5%) oder Portugal (42,1%) verschließen.

Ulmer: „Wir wissen, dass die nun beschlossenen Mittel nicht über Nacht greifen können und morgen alle Jugendliche in Arbeit sind, aber wir haben die Basis für eine erfolgreiche Jobpolitik gelegt. Nun müssen die Konzerne, Firmen aller Art und Größen sowie die Ausbildungsstätten nachziehen und das Angebot nutzen.“

Das Unternehmen Nestlé geht hier mit einem guten Beispiel voran und hat kurz vor dem EU-Gipfel angekündigt, 10.000 junge Menschen einzustellen und zusätzlich 10.000 Praktikums- und Lehrstellen zu schaffen. Auch will Nestlé, deren Kerngeschäft in Europa ist, seine 63.000 Zulieferer zur Einstellung junger Leute motivieren.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893991, Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, BNC, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrang.com

Bildnachweis: Titelfoto: © Matthias Busse; Fotos Kroatien: © H. Nahrang; Fotos Besuchergruppen: © M. Busse; Foto TÜV: © M. Busse; Foto Jugend: © European Union 2012 - EP

E-Mail: info@thomasulmer.eu / Internet: www.thomasulmer.eu